

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Heimut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Roth MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, beschuldigt den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht der Unredlichkeit und der Verhöhnung des Deutschen Bundestages.

Seite 1/2

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, wirft der Bundesregierung Konzeptionslosigkeit in der Abrüstungspolitik vor.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß, setzt sich für gemeinsame Anstrengungen gegen den "Bürgerkrieg im Straßenverkehr" ein.

Seite 4

Hans Günter Brauch erklärt, wie sich Manfred Wörner vom Krieg-der-Sterne-Kritiker zum Anhänger der "Star-Wars"-Strategie wandelte.

Seite 5-7

39. Jahrgang / 148

3. August 1984

Albrecht verhöhnt den Bundestag

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Noch bevor der von den Regierungskoalitionen im Bundestag durchgeboxte Buschhaus-Beschluß als Drucksache den Abgeordneten verteilt wurde, werden seitens der niedersächsischen Landesregierung erneut Korrekturen, Relativierungen, Einschränkungen, Bedenken laut. Das nach Expertenmeinung wirkungsvollste Wellmann-Lord-Verfahren zur Entschwefelung soll nun doch nicht den Braunschweigischen Kohlebergwerken verbindlich vorgeschrieben werden; die Einhaltung der Fristen wird ebenso in Frage gestellt beziehungsweise zur Infragestellung animiert, wie die Einhaltung maximaler Emissionsgrenzwerte.

Mit einer an Frechheit grenzende Arroganz springt hier der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestages herum.



Ernst Albrecht sagt schlicht die Unwahrheit, wenn er behauptet, in der Vereinbarung zwischen der niedersächsischen Landesregierung und den Braunschweigischen Kohlebergwerken seien alle Elemente der Bundestagsentschließung vom 31. Juli enthalten, gleichzeitig aber eine Garantie für die Erhaltung der Arbeitsplätze leugnet. Der gemeinsame Beschluß aller Bundestagsfraktionen vom 28. Juni sah die Sicherstellung der Beschäftigung der Arbeitnehmer in den Braunschweigischen Kohlebergwerken vor. In dem am 31. Juli verabschiedeten Antrag der Regierungskoalitionen wird expressis verbis auf den Beschluß vom 28. Juni Bezug genommen. Es heißt dort:

"Der Deutsche Bundestag unterstützt die aufgrund seines Beschlusses vom 28. Juni 1984 von der Bundesregierung vorgelegten Vorschläge zur Verbesserung des Umweltschutzes. Mit diesen Maßnahmen werden im Einvernehmen mit der niedersächsischen Landesregierung und im Zusammenwirken mit den Braunschweigischen Kohlebergwerken AG unter Berücksichtigung der Rechtslage Arbeitsplätze erhalten und die Umweltbelastung wesentlich verringert."

Wenn Ernst Albrecht jetzt eine Garantie für die Erhaltung der Arbeitsplätze ausschließt, dann wendet er sich nicht nur gegen Geist und Buchstaben der beiden Buschhaus-Entschlüsse, er verhöhnt auch alle Mitglieder des Deutschen Bundestages.

(-/3.8.1984/vo-he/hgs)

+ + +



Kohl - Kurpfuscher ohne Konzeption
-----**Die Abrüstungspolitik Bonns beschränkt sich auf Beschwichtigungen**

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Jedesmal ist der Jahrestag des Abwurfes der ersten Atombombe auf Hiroshima Anlaß zur Mahnung, in diesem Jahr ist er auch Anlaß zur Sorge.

Im vergangenen Jahr hat sich der nukleare Rüstungswettlauf dramatisch beschleunigt, die Verhandlungen zur nuklearen Abrüstung aber sind unterbrochen worden. Zu Zeiten der Entspannungspolitik konnte man noch darauf vertrauen, daß die destabilisierenden Wirkungen neuer Waffentechnologien durch stabile Ost-West-Beziehungen politisch aufgefangen werden konnten. Heute drohen die waffentechnologisch bedingten Risiken durch die irrationale Umgangspraxis der beiden nuklearen Weltmächte miteinander zur Gefahr für den Weltfrieden gesteigert zu werden.

Für Reagan ist die Sowjetunion das Reich des Bösen. Wer kann es der Sowjetunion verargen, wenn sie deshalb in den neuen Verhandlungsvorschlägen der USA zur Begrenzung der Weltraumrüstung weniger ein abrüstungspolitisches Damaskus eines vom Saulus zum Paulus bekehrten Ronald Reagan, als ein wahlkampfpolitisches Manöver vermutet.

Verargen aber kann und muß man es der Sowjetunion, wenn sie die Vereisung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen auf das deutsch-deutsche Verhältnis zu übertragen versuchte. Das deutsch-deutsche Tauwetter dient den Ost-West-Beziehungen insgesamt. Wer - wie wir Sozialdemokraten - zu den Grundlagen der Entspannungspolitik zurückkehren und eine Wende zum Positiven in den Ost-West-Beziehungen ermöglichen will, muß auch begrenzte Entspannung fördern, damit nicht unbegrenzte Spannung herrscht.

Wir Sozialdemokraten unterstützen eine Politik der Schadensbegrenzung, auch wenn wir die Bundesregierung wegen des friedenspolitischen Schadens, den sie mit ihrer Zustimmung zur Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenwaffen für die Ost-West-Beziehungen angerichtet hat, heute noch heftiger als noch vor einem Jahr kritisieren. Die Scheite der Bundesregierung muß deshalb heute noch heftiger als vor einem Jahr ausfallen, weil immer offensichtlicher wird, daß die Bundesregierung die negativen Folgen des Stationierungsbeginns völlig falsch eingeschätzt hat und weiter verharmlost.

Statt neue Konzeptionen für nukleare Abrüstungsverhandlungen vorzulegen, betreibt die Bundesregierung eine Politik des Gesundbetens. Die Ost-West-Beziehungen sind gegenwärtig krank. Aber im Gegensatz zu Helmut Schmidt ist Helmut Kohl in der Abrüstungspolitik kein Facharzt, sondern ein Kurpfuscher. Er findet kein Rezept zur Heilung, sondern nur Worte der Beschwichtigung. In den Ost-West-Beziehungen ist aber gegenwärtig ein unbequemer Facharzt nützlicher als ein fröhlicher Gaukler.

Am Jahrestag der Vernichtung Hiroshimas frage ich die Bundesregierung: Wo sind ihre eigenständigen Vorschläge, die zur Wiederaufnahme der nuklearen Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West führen können? Warum wird die Bundesregierung abrüstungspolitisch passiver, wenn die Weltmächte nur in ihren nuklearen Rüstungsanstrengungen aktiver werden? Welche Vorschläge bringt die Bundesregierung im Westen ein, damit Ost und West wieder eine konstruktive Gesprächsbasis miteinander finden? Welche europäische Initiative plant die Bundesregierung, damit Europa sich nicht erkaltet, wie das amerikanisch-sowjetische Verhältnis vereist ist.
(3.8.1984/hgs/bgy)



Der Verkehr muß menschengerecht gestaltet werden

Gemeinsame Anstrengung gegen den Bürgerkrieg auf unseren Straßen

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Niemand wird bestreiten, daß das Straßennetz in der Bundesrepublik Deutschland einen Ausbaustandard erreicht hat, der in Europa - vielleicht sogar darüber hinaus - seinesgleichen sucht.

Dennoch fordern diese Straßen Jahr für Jahr ihren Tribut: Verletzte und Tote, Straß- und Lärmschädigungen, bleibende Umweltschäden.

Jeder Fortschritt - auch im Verkehrswesen - hat seinen Preis. Dieser Preis ist jedoch zu hoch. Aber es sind in der Regel nicht die Straßen, die die Gefahren mit sich bringen, sondern die Menschen, die die Gefahren nicht beherrschen, sie zum Teil selbst herbeiführen, sie zu spät erkennen oder ignorieren.

Viele Menschen - leider auch verantwortliche Politiker - übertragen ihre persönliche Wertung von Freiheit und Eigenverantwortung auf die Gesetzmäßigkeiten des Straßenverkehrs: aber die Freiheit, sich oder andere totzufahren, die eigene oder die Gesundheit anderer zu ruinieren, ist keine Freiheit, sondern unverantwortlich.

Deshalb haben wir uns so engagiert eingesetzt für ein Bußgeld für Gurtmuffel, deshalb treten wir ein für Geschwindigkeitsbegrenzungen in den unfallträchtigen städtischen Wohnbereichen, deshalb fordern wir mehr getrennte Radwege und sichere Schulwege. Denn die Statistik zeigt, daß es vor allem die Minderheiten sind, die die Verkehrsofferstatistiken unserer Tage anführen: Schulkinder, ältere Leute, Fahrradfahrer, um nur die wichtigsten zu nennen.

Sie vor allem bedürfen unserer besonderen Fürsorge: nicht die autogerechte Stadt, nicht der reibungslose Schnellweg, sondern der menschengerechte Verkehr muß deshalb im Vordergrund aller Betrachtungen stehen.

Der Fortschrittspreis darf nicht mit weiterem Massensterben bezahlt werden. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte, um den "Bürgerkrieg auf unseren Straßen" ernsthaft zu bekämpfen.

(-/3.8.1984/vo-he/hgs)

+ + +



Sicherheitspolitische Wende

Wie Manfred Wörner vom Kritiker zu einem "Star-Wars"-Befürworter wurde

Von Hans Günter Brauch

Nach der letzten Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der Nato im türkischen Seebad Cesme hatte sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner in zahlreichen Interviews noch als Kritiker von Präsident Reagans Star-Wars-Plänen zu profilieren versucht. So erklärte er am 9. April 1984 gegenüber der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung", Reagans Star-Wars-Konzept könne die Sicherheit in Europa destabilisieren und die Allianz spalten. Von der deutschen Presse völlig unbemerkt hat sich Manfred Wörner während seiner letzten USA-Reise inzwischen zu einem "Befürworter" des Weltraumrüstungsprogramms von Ronald Reagan und Caspar Weinberger gewandelt.

Unter der Überschrift "Bonn unterstützt 'Star Wars'-Bemühungen" beschrieb Charles W. Corddry am 13. Juli in der "Baltimore Sun" die jüngste "sicherheitspolitische Wende" Wörners. Auf einer Pressekonferenz nannte Wörner am 12. Juli 1984 in Washington als Gründe für seinen Sinneswandel: Die Sowjetunion habe sowohl bei der Raketenabwehr als auch bei den Satellitenkillern einen Vorsprung gegenüber den USA erzielt. "Es ist legitim und sogar notwendig, daß die USA bei der Forschung und Entwicklung für solche Waffen Parität erzielen." Zu den kritischen Fragen, die im Laufe der nächsten acht bis zehn Jahre untersucht und hoffentlich "gelöst" werden sollten, gehöre auch die Kernfrage, ob die Laser- und die gelenkten Energiewaffen, die einen Schutz vor sowjetischen Raketen gewähren sollen, diesen Schutz von den USA auch auf Europa ausdehnen können. Wenn dieses Problem nicht gelöst werden könne, würde dies zur "Abkoppelung" der amerikanischen und der europäischen Verteidigung beitragen.

Von Präsident Reagans Wissenschaftsberater George Keyworth war Wörner offenbar zuvor informiert worden, daß es nur geringe Unterschiede gebe, eine auf Europa gerichtete statt eine auf die USA gerichtete Rakete abzufangen. Aus amerikanischen Kongreßanhörungen und Regierungsberichten sowie aus Beiträgen in Zeitschriften, die dem Pentagon nahestehen, konnte man seit über einem Jahr entnehmen, daß das Pentagon mit Nachdruck an verschiedenen Möglichkeiten einer europäischen "Star-Wars-Variante" arbeitet. Am weitesten entwickelt ist der Versuch, die Luftabwehrrakete "Patriot" durch Veränderungen in der Computer-Software in die Lage zu versetzen, auch sowjetische Kurz- und Mittelstreckenraketen abzuwehren, das heißt eine antitaktische Variante der Patriot im Rahmen der neuen amerikanischen Konzeption des Counterair 90 - mit AirLand Battle, AirLand Battle 200 und Army 21 ein weiteres Mitglied einer neuen Familie offensiver strategischer Konzepte, die für Europa die Fähigkeit fordern, gezielte Schläge gegen die zweite und dritte Angriffswelle des Gegners (Deep Strike-Konzepte) durchzuführen einzuführen.

Anlaß für Wörners Washingtoner Stippvisite Anfang Juli war die feierliche Unterzeichnung eines Abkommens, nach dem die Bundesrepublik sich verpflichtet, für 2,9 Milliarden Dollar, das heißt für über acht Milliarden DM amerikanische und europäische Flugabwehrraketen und Ausrüstungen zu beschaffen, welche die Flugplätze und Truppen der Nato einschließlich amerikanischer Einheiten vor sowjetischen Luftangriffen schützen sollen. Davon entfallen etwa 870 Millionen Dollar auf den Kauf von 384 - aus Kostengründen mußte auf 80 weitere verzichtet werden - Patriot-Raketen in insgesamt 12 Patriot-Feuereinheiten, weitere 384 Patriot-Raketen wird das Pentagon beschaffen, die jedoch ebenfalls von der Bundeswehr betrieben werden sollen. Darüber hinaus planen die Vereinigten Staaten 42 weitere Patriot-Feuereinheiten mit je 32 Patriot-Raketen in



Europa zu stationieren. Dieses Abkommen wird jedoch erst in Kraft treten, wenn der amerikanische Kongreß und der Bundestag ihre Zustimmung geben.

Zwei Fragenkomplexe sollten bei der politischen Diskussion über die Einführung der Patriot im Mittelpunkt stehen:

- Entspricht die Patriot-Rakete den Anforderungen an ein effektives Flugabwehrsystem?
- Ist die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einführung der Luftabwehr-Variante der Patriot bereits Verpflichtungen über die spätere Einführung einer antitaktischen europäischen Star-Wars-Variante eingegangen?

Im Jahre 1983 hatte eine Überprüfung durch den amerikanischen Rechnungshof ergeben, daß die Patriot "noch immer ein geringes Maß an Zuverlässigkeit aufwies und Leistungsdefizite erfuhr". Nachdem die Testversuche im Jahre 1983 wegen schwerwiegender Mängel eingestellt werden mußten, kürzten die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses die Mittelanforderungen des Pentagon für Patriot von 1,2 Milliarden Dollar um 140 Millionen Dollar und wiesen den Armeeminister an, dem Kongreß halbjährlich über die Testentwicklung bei der Patriot Bericht zu erstatten. Noch ist ungewiß, ob der Kongreß auf den Kaufvertrag eingehen wird, in dem das Pentagon nach zähem Ringen auf die Forderung nach Übernahme von 350 Millionen Dollar für die Forschungs- und Entwicklungskosten verzichtete.

Erfolgte Manfred Wörners Beurteilungswandel hinsichtlich Präsident Reagans Star-Wars-Konzept eventuell als Folge einer amerikanischen Zusage, durch die Aufstellung eines antitaktischen Raketenabwehrsystems in der Bundesrepublik auch Westeuropa zu schützen und damit eine Abkoppelung zu vermeiden? Zeigte die Bundesregierung bei dem Besuch Manfred Wörners in Washington bereits Interesse an einer europäischen Star-Wars-Variante, zum Beispiel in Gestalt einer antitaktischen Patriot? Hat die Bundesregierung bereits gegenüber dem Pentagon ihre Bereitschaft signalisiert, eine antitaktische Variante der Patriot frühestens ab Ende 1987 auf ihrem Gebiet aufzustellen? Wenn ja, ist sich die Bundesregierung der Konsequenzen aus einem solchen eventuellen Schritt für den ABM-Vertrag von 1972, dem Raketenabwehrvertrag, der zunächst die Zahl der erlaubten Abwehrsysteme in beiden Supermächten auf 200 und 1974 auf je 100 beschränkte, bewußt?

Die Frage einer Euro-Variante von Präsident Reagans Vision vom Krieg der Sterne bestimmte in der zweiten Juli-Hälfte zunehmend die inneramerikanische Diskussion. Mitte Juli berichtete die Air Force Times über eine Warnung des ehemaligen US-SALT-I-Chef-Unterhändlers, Botschafter Gerard Smith, wonach Waffenentwicklungen in den USA und in der Sowjetunion den ABM-Vertrag unterminierten. Smith wies in diesem Zusammenhang auf die Entwicklung des sowjetischen mobilen Luftverteidigungssystems SA-X-12 hin, das sich gegenwärtig im Stadium der Flugerprobung befinde, und auf den Versuch der USA, eine eigene antitaktische Rakete als Antwort auf die sowjetischen Kurzstreckensysteme zu entwickeln. "Da taktische ballistische Raketen eine Fluggeschwindigkeit, eine Flugbahn und einen Wiedereintrittswinkel besitzen, der dem von U-Boot-gestützten strategischen ballistischen Raketen (SLBM) entspricht, hätten diese sogenannten ATMs zumindest eine begrenzte Fähigkeit zur strategischen Raketenabwehr. Der Vertrag untersagt dies jedoch für mobile Systeme. Um selbst in einer begrenzten strategischen Rolle effektiv zu sein, müßte ein ATM wie ABM-System getestet werden. Auch dies ist durch den Vertrag untersagt."



Auch diese Frage bedarf einer parlamentarischen Klärung. Würde die Bundesregierung im Falle einer Zustimmung zur Aufstellung von antitaktischen Patriot-Raketen nicht an einer Erosion des ABM-Vertrages mitwirken beziehungsweise zum Bestattungshelfer des einzigen Vertrages werden, der heute noch einer Verwirklichung von Präsident Reagans Star-Wars-Plänen beziehungsweise der strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) im Wege steht?

Nach dem Abrüstungsbericht 1984 tritt die Bundesregierung dafür ein, "daß zwischen den beiden Weltmächten... frühzeitig ein Dialog mit dem Ziel aufgenommen wird, künftige Entwicklungen durch eine Art vorsorgende Rüstungskontrolle in eine Richtung zu lenken, bei der die Stabilität erhöht und das Risiko eines nuklearen Krieges ausgeschlossen wird." Zugleich kündigt die Bundesregierung an: "Sie wird sich aktiv an der Suche nach ausgewogenen Lösungen für eine Begrenzung militärischer Aktivitäten im Weltraum beteiligen."

Es wird von der Aufmerksamkeit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Medien abhängen, daß nicht durch technologische Vorentscheidungen, zum Beispiel durch geheime Absprachen über die Entwicklung und spätere Einführung einer anti-taktischen Variante der Patriot-Rakete diesem Ziel entgegengewirkt wird und die Schleusen für eine vertraglich unbehinderte Weltraumrüstung geöffnet werden.

Der Autor ist Verfasser des Buches "Angriffe aus dem All - Der Rüstungswettlauf im Weltraum", das Ende Juli im Dietz-Verlag, Berlin/Bonn bei einem Umfang von 208 Seiten für 24 DM erschien. (-/3.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

